

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 11

Artikel: Nach dem eidgenössischen Wahlgang
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337133>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

arbeit über die hohen Ziele des demokratischen Sozialismus liegt die Kraft, die es uns ermöglicht, über jeden zeitweiligen Rückschlag hinwegzukommen. Die Bewegung des freiheitlichen Sozialismus ist unter schwierigsten Verhältnissen geboren worden; sie hat ihre ersten Erfolge nur nach großen Opfern errungen und manche ernste Niederlage erlitten. Aber sie ist, wenn man einen längeren Zeitraum überblickt, nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesen Prüfungen hervorgegangen. Die sozialistische Bewegung überdauerte Krisen, Kriege und den Faschismus, und sie weist auch heute noch der Menschheit den einzigen Ausweg aus dem Zustand des politischen und wirtschaftlichen Unrechts: den Weg in eine Welt des allgemeinen Wohlstandes in Frieden und Freiheit. Es kann darum keine Rede davon sein, daß sich die Schweizer Sozialdemokraten durch den kleinen Rückschlag bei den Nationalratswahlen irritieren lassen. Weitermachen, so lautet unsere Parole!

BENNO HARDMEIER

Nach dem eidgenössischen Wahlgang

I.

Niemand hat damit gerechnet, daß die jüngsten eidgenössischen Wahlen einen politischen Erdbeben oder auch nur eine größere Gewichtsverlagerung bringen würden. Der Wahlausgang ist denn auch einmal mehr ein deutliches Zeichen für die außerordentliche politische Stabilität der Eidgenossenschaft. Die drei großen Landesparteien – die Freisinnig-demokratische Partei, die Konservativ-christlichsoziale Partei, die Sozialdemokratische Partei – halten sich nach wie vor die Waage. Der geringfügige Rückgang der Sozialdemokraten und der minimale Mandatgewinn des Freisinns bewirkten, daß im Nationalrat nunmehr diese beiden Parteien gleich stark sind (je 51 Sitze). Die Sozialdemokratische Partei bleibt aber die stärkste Landespartei. Aus dieser Stabilität des parteipolitischen Kräfteverhältnisses sind die Konsequenzen in bezug auf die Zusammensetzung des Bundesrates zu ziehen. Es entspricht in keiner Weise der relativen Bedeutung der verschiedenen Parteien, wenn sich die eidgenössische Exekutive aus drei freisinnigen und drei konservativen Vertretern sowie einem Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zusammensetzt. Gerechtigkeit und politische Vernunft gebieten eine andere Zusammensetzung: zwei Freisinnige, zwei Konservative, *zwei Sozialdemokraten*, ein Vertreter der BGB. Die sozialdemokratische Forderung

nach einer *Zweiervertretung* im Bundesrat ist legitim und muß mit Entschiedenheit vertreten werden. Gleichzeitig sollten wir aber erklären, daß wir uns mit nur einem Bundesratssitz auch vorübergehend nicht abfertigen lassen.

Ist der Wahlausgang im Hinblick auf die Neubestellung der Landesregierung eindeutig und für die Sozialdemokratie durchaus positiv, so ist das zahlenmäßige Ergebnis der Nationalratswahlen an sich für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nicht befriedigend. Sicher, der Verlust zweier Mandate fällt kaum ins Gewicht, und wir brauchen bestimmt nicht in Pessimismus zu machen. Der relative Mißerfolg der SPS kann aber nicht in Abrede gestellt werden. Es ist zuzugeben, daß der allgemeine Trend in der politischen Entwicklung nicht zu unseren Gunsten verläuft. Es wäre ein schwerwiegender Fehler, wenn wir vor dieser Tatsache die Augen schließen wollten. Uns stellt sich damit die Aufgabe, nach den Gründen für den Rückschlag der Sozialdemokratie zu forschen und die Politik der SPS zu überprüfen. Daß es nicht angeht, den sogenannten «objektiven Verhältnissen» die Schuld für unseren Mißerfolg zuzuschieben, versteht sich von selbst. Die Ursachen für den wenig erfreulichen Wahlausgang müssen wir vielmehr bei uns selbst suchen, bei unseren politischen Forderungen, bei unseren politischen Methoden, bei unserem politischen Verhalten.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine Analyse der Gründe für das Zurückbleiben der Sozialdemokratie, sondern lediglich um eine erste, skizzenhafte Andeutung der Probleme. Es werden mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Die Lösung der vielfältigen Probleme kann nur in gewissenhafter gemeinsamer Arbeit gefunden werden.

II.

Eine Feststellung drängt sich auf: Unser neues Parteiprogramm bildet eine gute und zeitgemäße Grundlage für die sozialdemokratische Politik. Die Ausstrahlung der neuen programmatischen Grundlage auf unsere praktische Tätigkeit läßt jedoch zu wünschen übrig. Eine gewisse Unsicherheit im Ideellen kann nicht übersehen werden und ebensowenig die Tatsache, daß diese Unsicherheit sich in der Tagespolitik der Sozialdemokratie widerspiegelt.

Die Zugkraft unserer sachlich richtigen und berechtigten Wahlparolen und Forderungen auf unsere potentiellen Wählerschichten war nicht überwältigend. Das gilt für die Mietzinskontrolle wie für die Finanzpolitik, für die Sozialpolitik wie für die Militärpolitik. Daraus läßt sich nur *eine* Schlußfolgerung ziehen: Den eigentlichen Anliegen und Problemen der meisten Menschen entsprachen unsere Parolen und Forderungen nur teilweise. Die Wirkung unserer materiellen Forderungen war beschränkt, was uns allerdings nicht überraschen sollte, denn es ist klar, daß der in den letzten Jahren ständig gestiegene Wohlstand breiter Kreise die Wirkung weitergehender

Forderungen gleicher oder ähnlicher Art abschwächen mußte. Der jahrzehntelange Kampf der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften um die Besserstellung der Arbeitnehmer hat seine Früchte getragen, jetzt müssen wir mit der neuen Situation fertig werden. Mit einem Achselzucken ist es nicht getan und noch viel weniger mit der in unseren Reihen leider immer wieder geäußerten Bemerkung, daß es dem Arbeiter zu gut gehe. Sozialdemokraten und Gewerkschafter werden sich für eine weitere Steigerung und eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes einsetzen; dabei müssen sie sich in Zukunft noch mehr als bisher ganz besonders der untersten Einkommensschichten annehmen. Sie sollen ihren Einfluß geltend machen und ihren Beitrag dazu leisten, daß in unserem Lande eine entschiedene Politik der Vollbeschäftigung betrieben wird. Je besser uns das gelingt, desto mehr müssen wir uns in unserer ganzen Politik auch auf diese Zeiten der guten Beschäftigung und des relativen Wohlstandes einstellen.

Wir sehen uns vor die folgende Situation gestellt: ein gewisser materieller Wohlstand ist gesichert; andererseits scheinen die meisten Menschen von einem geistigen und seelischen Wohlergehen weiter entfernt zu sein als früher. Die Sorgen und Ängste, die Unruhe und Unsicherheit, die seelischen Nöte, Konflikte und Krankheiten haben mit dem wachsenden Wohlstand nicht etwa abgenommen, sondern im Gegenteil zugenommen. Von dieser Situation müssen wir ausgehen, um die neue Politik der Sozialdemokratie zu finden. Und die Lösung kann unseres Erachtens nur in einem demokratischen Sozialismus liegen, der sich nicht nur als politische und wirtschaftliche Lehre versteht, der mehr ist als eine Summe materieller Forderungen und Ansprüche, nämlich darüber hinaus eine bestimmte Lebenshaltung, Lebensweise und Lebensform.

III.

Die Stagnation, in der sich der demokratische Sozialismus in unserem Lande befindet, hat ihre Ursache wenigstens zum Teil auch darin, daß es nicht gelungen ist, der Politik der SPS ein attraktives Kleid umzuhängen. Es geht ja im Kampf um die Gunst der Wähler nicht nur um den Inhalt und den inneren Gehalt der Politik, sondern – heute in viel stärkerem Maße als in der Vergangenheit – um die äußere Form, um die Art und Weise, wie die politische Zielsetzung und die praktischen Forderungen einer Partei präsentiert werden. Die Reklame spielt im Alltagsleben des modernen Menschen eine große Rolle. Auch eine politische Partei muß dieser Tatsache Rechnung tragen und für ihre Sache eine möglichst attraktive Form finden. – Es ist im Rahmen dieses Artikels, der sich darauf beschränkt, die Größe der vor uns liegenden Aufgaben aufzuzeigen, nicht unsere Absicht, den so vielschichtigen Problemkreis der Werbung in seiner ganzen Tragweite aufzurollen; wir wollen an dieser Stelle ein Beispiel, das nach dem eidgenössischen Wahlgang

an Aktualität gewonnen hat, herausgreifen und zur Diskussion stellen: das Problem der öffentlichen Versammlungen.

Die alte, traditionelle Art der öffentlichen politischen Versammlung hat jede Anziehungskraft verloren. Die Industriestadt Winterthur lieferte zehn Tage vor den Nationalratswahlen ein typisches Beispiel. Unter dem Thema «Der Mensch im Mittelpunkt» führten die Sozialdemokratische Partei und das Gewerkschaftskartell Winterthur im Großen Volkshaussaal eine öffentliche Wahlversammlung mit zwei prominenten Zürcher Sozialdemokraten durch. Knapp 100 Personen waren anwesend! Im Saal herrschte eine gähnende Leere und dementsprechend eine gedrückte Stimmung... Will man in der heutigen Zeit mit einer öffentlichen Versammlung Erfolg haben, so muß mehr geboten werden; ein Referat allein genügt in der Regel nicht, um die Leute zu mobilisieren. (Es gibt natürlich Ausnahmen, die Zürcher Versammlung mit Willy Brandt hat es bewiesen, doch von diesen Sonderfällen reden wir hier nicht.) Die Versammlungen müssen *intellektuell anregender* sein, was zum Beispiel dadurch erreicht werden kann, daß zum vornherein der Monolog eines Referenten durch eine Diskussion ersetzt wird, sei es nun in kontradiktorischer Form oder in der Art eines Rede- und Antwortspiels oder eines Gespräches am Runden Tisch usw. Ebenso wichtig ist aber, daß auch das *Gemütsmäßige* nicht zu kurz kommt. Der potentielle Versammlungsbesucher hat, davon ist auszugehen, tagsüber zumeist streng gearbeitet und hat den berechtigten Wunsch nach einem entspannenden und anregenden Ausgleich; er muß sich deshalb durch die Aussicht auf eine angenehme, menschlich-warme Atmosphäre angezogen fühlen. Da genügt nun allerdings das Anbringen einiger roter Fahnen nicht, man muß sich schon etwas mehr einfallen lassen: Blumen, musikalische Darbietung, Lichtbilder, Film usw., ferner eine zügige Versammlungsleitung und selbstverständlich eine geschickte Werbung für die Veranstaltung. Man muß sich aber davor hüten, allzu schematisch vorzugehen. Eine Patentlösung, die den Erfolg einer öffentlichen Versammlung garantieren könnte, gibt es nicht. Es muß in jedem Falle vorher genauestens überlegt und geprüft werden, an was für Bevölkerungsschichten man gelangen will, um die Veranstaltung entsprechend zu gestalten.

Einen interessanten Versuch hat die SP Basel-Stadt gewagt. Es ging darum, bei der Jugend das Interesse für politische Fragen und die Politik der Sozialdemokratie zu wecken. Man ging deshalb von der Überlegung aus, daß den jugendlichen Besuchern etwas geboten und gleichzeitig eine aktive Teilnahme ermöglicht werden muß. Unsere Basler Parteifreunde haben deshalb in minutiöser Vorarbeit, wobei sie weder Geld noch Mühe scheuten, einen «Treffpunkt der Jungen» arrangiert, wobei die ganze Veranstaltung in Form einer Non-Stop-Revue durchgeführt wurde. Zwischen musikalische und kabarettistische Darbietungen wurden kurze politische Diskussionen eingestreut. Es wurde auf diese Weise versucht, die Politik – natürlich die Poli-

tik unserer Partei – in lockerer und unaufdringlicher Form an die jungen Teilnehmer heranzubringen. Viele junge Stimmbürger kamen dadurch erstmals mit politischen Fragen in Berührung. – Das Basler Beispiel zeigt, daß es Wege und Möglichkeiten gibt zur Verbreitung unserer Ideen, daß aber die Voraussetzung für den Erfolg die gewissenhafte Arbeit ist, verbunden mit einer guten Dosis Phantasie und der Bereitschaft, vom traditionellen Weg nötigenfalls abzuweichen und etwas zu wagen.

IV.

Eine weitere Ursache für den unbefriedigenden Wahlausgang dürfte im Personellen liegen. In verschiedenen Kantonen wurde der Wählerschaft das wahrhaft wenig erhebende Schauspiel einer unverhüllten persönlichen Rivalität zwischen Kandidaten derselben sozialdemokratischen Liste geboten, einer Rivalität, die sogar in Kumulations- und Streichungsempfehlungen gipfelte. Persönliche Ressentiments kamen offen zum Ausdruck, Sonderinteressen wurden rücksichtslos verfochten, statt miteinander zu kämpfen, wurde gegeneinander gekämpft, das Gemeinsame vergessen, das Trennende betont. Der Wähler mußte mitunter den Eindruck gewinnen, als ob es einzelnen Kandidaten nicht um die Sache, sondern nur um das Mandat gehe, um das persönliche Prestige, um das mit dem Mandat verbundene soziale Ansehen. Die Rechnung blieb nicht aus! Mancher sozialdemokratische Wähler fühlte sich abgestoßen, blieb zu Hause oder legte eine andere als die sozialdemokratische Liste in die Urne. – Eine aufrichtige und gründliche Selbstbesinnung ist notwendig, denn was geschehen ist, darf sich nicht wiederholen.

Hinzu kommt ein nicht wegzuleugnendes Unbehagen – eine gewisse Mißstimmung – gegenüber den Führungsspitzen; das gilt sowohl für die Partei als auch für die Gewerkschaften. Dieses Unbehagen tritt nur selten offen zutage, ist aber zweifellos vorhanden. Wollen wir das Übel an der Wurzel anfassen, so werden wir nicht darum herumkommen, von unseren Politikern *mehr zu verlangen*. Nur wenn wir integre Persönlichkeiten, fachlich und charakterlich qualifizierte Männer als Repräsentanten unserer Politik in den Vordergrund stellen, kann das Unbehagen, kann die Entfremdung zwischen Basis und Spitze überwunden werden und eine neue politische Aktivität entstehen, die uns das Vertrauen der Wähler zu gewinnen hilft.